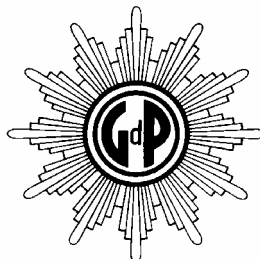


# Pressemeldung



## Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Berlin, 24. September 2007

GdP gegen CSU-Pläne zur Wehrpflicht bei der Polizei:

## Freiberg: Polizeibehörde ist kein Taubenschlag

**Berlin.** Mit harscher Kritik entgegnet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) CSU-Plänen, wehrpflichtfähige junge Männer, die nicht bei der Bundeswehr Dienst leisten können, im Rahmen einer „sicherheitspolitisch-begründeten Dienstpflicht“ in Polizeibehörden unterzubringen. Polizisten seien Profis, die Tag für Tag schwere Arbeit leisten. Die Polizei brauche keine gut gemeinten Ratschläge, sondern ein Ende des rabiaten Personalabbaus. Seit 2000, so der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, seien 10.000 Polizeistellen abgebaut worden. Freiberg: „Der Vorschlag gehört in die Tonne und ‚Auf Nimmerwiedersehen‘.“

Freiberg weiter: „Seit Jahren wird die Polizei mit Stellenkürzungen und Einsparungen an allen Ecken und Kanten überzogen. Konsequenzen für die innere Sicherheit sind da unausweichlich. Hohe Kriminalitätsbelastungen, die täglichen Belästigungen, Bedrohungen, Störungen und nicht zuletzt die steigende Bedrohung durch terroristische Extremisten sind nun wirklich nicht dazu geeignet, die Entprofessionalisierung der Polizei betreiben zu wollen.“ Im Übrigen, so der GdP-Vorsitzende, sei eine Polizeibehörde kein Taubenschlag, in dem jeder mal für ein paar Monate Einsicht zum Beispiel in Ermittlungsakten nehmen könnte.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190